

Herbert Behrens (DIE LINKE.)
Sonja Lies (parteilos)

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der
Stadt Osterholz-Scharmbeck

Antrag

Hundesteuer muss neu festgesetzt werden

Die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck kritisiert die unangemessen hohe Steigerung der Hundesteuer vom 8. Dezember 2011. Die Debatte über die unterschiedlichen Erhöhungen in der Ratssitzung verhinderte eine klare Darstellung der Belastung für die Hundebesitzer.

Herbert Behrens
Fraktionsvorsitzender
Am Hochzeitswald 56
27711 Osterholz-Scharmbeck
Telefon 04791 140414
Telefon 0171 3630913

herbert.behrens@die-linke-ohz.de
www.linksfraktion-ohz.de

22. Januar 2012

Die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck beantragt eine 3. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Osterholz-Scharmbeck.

§ 2, Abs. 2, Satz 3 erhält folgende Fassung:

Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, wenn die Pflege, Verwahrung oder die Haltung auf Probe oder das Anlernen den Zeitraum von zwölf Monaten überschreitet.

§ 3 erhält folgende Fassung:

Die Steuer wird nach Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Sie beträgt jährlich:

a) für den 1. Hund 72 Euro

b) für jeden weiteren Hund 102 Euro

Begründung:

Laut Verwaltung sind derzeit 2231 Hunde zur Hundesteuer angemeldet. Das Steueraufkommen nach dem Stand von 2008 bringt dem Stadthaushalt 127.500 Euro Einnahmen. Nach den ab 2012 geltenden Sätzen sollen es 198.500 Euro sein. Das bedeutet eine Steigerung um knapp 37 Prozent. Bereits zum 1. Januar 2008 hatte der Rat eine Erhöhung der Hundesteuer beschlossen. Damals stieg die Hundesteuer um 13,7 Prozent.

Die Betroffenen beklagen insbesondere, dass für den ersten Hund eine um 40 Prozent höhere Steuer bezahlt werden muss. Vertreterinnen und Vertreter der Tierschutzverbände beklagen, dass die Vermittlung von Pflegehunden ohnehin sehr schwer sei, eine so drastische Anhebung der Hundesteuer würde die Vermittlung von Hunden weiter erschweren.

Mit dieser Belastung werden die Tierfreunde über Gebühr zur Konsolidierung des Haushaltes herangezogen. Möglicherweise steigt die Zahl der HundehalterInnen, die ihre Hunde nicht anmelden.

Zwischen Mai und September 2007 konnten durch eine Hundebestandsaufnahme 480 Hunde in die Hundesteuer einbezogen werden. Die Festlegung auf eine vertretbare Hundesteuer könnte der Steuerehrlichkeit der Bürgerinnen und Bürger förderlich sein.

Durch die Verlängerung des Zeitraums für Pflgetiere könnte trotz der Erhöhung des Steuersatzes die Vermittlungsquote positiv beeinflusst werden.

Im Antrag verzichten wir auf eine dritte Stufe in der Hundesteuer. Derzeit haben 62 Hundebesitzer einen dritten Hund angemeldet. Der Verzicht auf die dritte Stufe (132 Euro) würde gegenüber der ursprünglichen Beschlussvorlage der Verwaltung eine Steuermindereinnahme von 1860 Euro bedeuten.

Mit der von uns vorgesehenen Änderung würde die von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Steuererhöhung als Bestandteil der Konsolidierungsvereinbarung im Wesentlichen eingehalten werden können.